

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



VORLAGE

Nr. 4-0346/09-KT

für die öffentliche Sitzung

Beratungsfolge der Fachausschüsse

Kreistag

14.09.2009

Einreicher: Vorsitzender des Kreistages

Betr.: Sammelpetition von Bürgern aus dem Landkreis Teltow-Fläming an den Landrat und an den Kreistag -
"Für eine lebenswerte Zukunft für uns und unsere Kinder"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming nimmt die Petition „Für eine lebenswerte Zukunft für uns und unsere Kinder – Schutz vor Fluglärm“ an.

Er nimmt die darin formulierten Sorgen seiner Bürger ernst. Er sichert den Petenten zu, dass er sich weiterhin intensiv mit allen Flughafenausbaubelangen auseinandersetzen und sich im Rahmen seiner rechtlichen und politischen Einflussmöglichkeiten zum Wohle der betroffenen Bürger an den maßgeblichen Stellen einsetzen wird.

Die von den Petenten im Einzelnen erhobenen Forderungen und der Bürgerantrag werden gemäß der nachfolgenden Stellungnahme unterstützt.

Luckenwalde, den 01.09.2009

Bochow

Sachverhalt:

Einwohner des Landkreises haben sich mit einer Petition an den Landrat und den Kreistag gewandt. Mit der Petition bringen sie ihre Sorge zum Ausdruck, dass mit dem Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Airport Berlin-Brandenburg International (BBI) die Lebensqualität, die Zukunftschancen der Kinder und die Gesundheit vieler Menschen nachteilig betroffen sein werden, die in den Gemeinden in der Umgebung des Flughafens wohnen. Nach Auffassung der Petenten hat sich die „Politik“ in der Vergangenheit zu wenig um die Belastungen, Sorgen und Ängste der betroffenen Flughafenanrainer gekümmert. Deshalb enthält die Petition einen Katalog von fünf Forderungen und einen Bürgerantrag.

Stellungnahme:

Der Kreistag stellt fest, dass er sich mit dem Ausbau des Verkehrs-Flughafens Berlin-Schönefeld zum BBI seit dem ersten Bekanntwerden der diesbezüglichen Planungsabsichten befasst. Er hat im Rahmen des Raumordnungsverfahrens und im Planfeststellungsverfahren umfangreiche Stellungnahmen abgegeben. Mehrheitlich war der Kreistag immer gegen den Ausbau des Standortes Schönefeld, zumal im Raumordnungsverfahren Standorte mit untersucht wurden, die nach Ansicht der Mehrheit der Abgeordneten geeigneter waren und weniger Einwohner mit seinen belastenden Auswirkungen erfasst hätten. Die Mitglieder des Kreistages haben - trotz besserer Alternativen - die Planfeststellungsentscheidung und das Ergebnis der hiergegen erhobenen Klagen vor dem Bundesverwaltungsgericht zur Kenntnis genommen und diese rechtsstaatlichen Entscheidungen akzeptiert.

Seit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts im März 2006 wird im zuständigen Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung deshalb immer unter dem Blickwinkel diskutiert, dass zum einen die Entwicklungs- und Arbeitsmarktchancen, die der Ausbau des Flughafens für die Einwohner und den Landkreis mit sich bringt, möglichst optimal genutzt, andererseits aber auch die Belastungen für die Bevölkerung besonders in der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow, aber auch in den Gemeinden Großbeeren, Ludwigfelde und Rangsdorf möglichst abgemindert werden. Sowohl der Kreistag, als auch der Landrat mit der Kreisverwaltung, unterstützen hierbei im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Kompetenzen die berechtigten Anliegen der Gemeinden und ihrer Einwohner.

Zu den einzelnen Forderungen der Petition stellt der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming fest:

1. Forderung:

„Wir fordern, dass sich der Kreistag Teltow-Fläming endlich tatsächlich und inhaltlich mit der Problematik der Betroffenheit aus den Belastungen des zukünftigen Großflughafens für Gesundheit und Eigentum befasst.“

Zu 1.

Der Kreistag, der – wie bereits dargestellt - schon seit mehreren Jahren intensiv den Ausbau des Flughafens Berlin-Schönefeld begleitet, setzte am 26.08.2006 einen Flughafenkoordinator ein, der sich seitdem um die Belange der betroffenen Bürger und die Potenziale für die kreisliche Entwicklung kümmert. Darüber hinaus wurde in der Kreisverwaltung im Juli 2008 ein Flughafenarbeitskreis gebildet, der sich mit der Problematik der Auswirkungen des Flughafenbaus befasst.

Ein Ergebnis der Arbeit dieses Arbeitskreises ist die Einrichtung einer Bürgerberatungsstelle im Vereinsheim in der Heinrich-Heine-Str. 3-5 in Blankenfelde-Mahlow, die vierzehntäglich seit Anfang Oktober 2008 Sprechstunden für alle Betroffenen anbietet. Hier können konkrete Fragen zum Bau des BBI, z. B. zu Lärmschutzproblematiken oder Gesundheitsthemen, an Fachleute gestellt werden. Ergänzt wird das Angebot durch eine Beratung des Vereins Bürgerhilfe e.V., der am gleichen Ort neben einer allgemeinen Beratung zum Thema Ausbau des Flughafens Berlin-Schönefeld auch anwaltliche Hilfe anbietet. Dem Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung wurde über die Beratung und deren steigender Inanspruchnahme durch betroffene Bürger in seiner Sitzung am 03.03.2009 Bericht erstattet. Die Mitglieder des Ausschusses haben einstimmig empfohlen, die Arbeit dieser Beratungsstelle für Flughafenbetroffene weiter zu betreiben, solange entsprechender Bedarf besteht.

Seit der Benennung des Flughafenkoordinators richtete der Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung auch einen ständigen Tagesordnungspunkt „Flughafen“ ein und forderte in jeder Sitzung eine Berichterstattung ab. Damit dies auch in Zukunft gewährleistet ist, hat der Kreistag im Juni 2009 im Rahmen der Änderung der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Kreistages dem Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung die Zuständigkeit für die Beratung von „Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Neubau des Flughafens Berlin Brandenburg International“ gegeben.

Der Landrat vertritt darüber hinaus die im Zusammenhang mit dem Flughafenausbau stehenden kreislichen Belange im Dialogforum, das im vergangenen Jahr gegründet wurde und aus hochrangigen Vertretern der Landesregierung Brandenburg sowie der Senatsverwaltung von Berlin, dem Flughafenbetreiber und den Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden besteht. Das Forum wird von einem unabhängigen Moderator geleitet. In den regelmäßig stattfindenden Sitzungen werden strittige Flughafenausbau-Problemfelder diskutiert und nach Möglichkeit zu einer konsensualen Lösung gebracht.

Insofern in der Forderung auch das Eigentum angesprochen wird, kann bezüglich der Frage des Wertes der im Flughafenumfeld gelegenen Grundstücke festgestellt werden, dass der bei der Kreisverwaltung angesiedelte Gutachterausschuss für Grundstückswerte schon seit Bekanntwerden der Flughafenausbauabsichten die Grundstückspreisentwicklung der betroffenen Region genau beobachtet und in dem einmal jährlich erscheinenden Grundstücksmarktbericht dokumentiert. Eine negative Preisentwicklung konnte bislang nicht konstatiert werden.

Bezüglich der bestehenden eigentumsrechtlichen Entschädigungsproblematiken vom Flughafenausbau Betroffener (z. B. zum Thema Schallschutz), steht eine vom Landrat eingebrachte Vorlage im Kreistag zur Entscheidung an. Hiernach soll der Landrat gemeinsam mit dem Nachbarkreis Dahme-Spreewald Gespräche mit der Landesregierung zur Übernahme einzelner Aufgaben aus dem Gesetz zum Schutz vor Fluglärm führen. Dies könnte im Ergebnis dazu führen, dass einige Entschädigungsverfahren künftig in der Kreisverwaltung - und nicht mehr auf Landesebene - zu bearbeiten wären.

2. Forderung:

„Wir fordern, dass der Kreistag einen Flughafenausschuss einsetzt, der sich mit allen anstehenden Fragen des Flughafenausbaus befasst, in dem dann auch die Probleme und Sachfragen der betroffenen Bürger und Gemeinden behandelt werden.“

Zu 2.

Wie bereits im Punkt 1 dargestellt, wurde der Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung nunmehr auch durch eine konkrete Festsetzung in der Zuständigkeitsordnung beauftragt, sich mit der Problematik des Flughafenausbaus zu befassen. Da dies in jeder Sitzung des Ausschusses geschieht, sieht der Kreistag momentan keine Notwendigkeit, einen Extra-Ausschuss nur für dieses Thema zu bilden. Der Kreistag ist sich dabei bewusst, dass die Sorgen und auch das Problembewusstsein vieler Einwohner mit dem Näherrücken der Inbetriebnahme des BBI zunehmen werden. Seine politischen Aktivitäten wird er – wie bisher - der Bedarfslage entsprechend anpassen.

3. Forderung:

„Wir fordern, dass unverzüglich Lärmmessstationen und Schadstoffmessstationen geplant, eingerichtet und betrieben werden. Wir wollen ab sofort wissen, welchen Belastungen wir ausgesetzt sind.“

Zu 3.

Gegenwärtig werden im Bereich des Flughafens Berlin-Schönefeld acht Messstationen für Fluglärmmessungen, davon zwei im Landkreis Teltow-Fläming, betrieben. Laut Planfeststellungsbeschluss vom 13.08.2004 ist es vorgesehen, insgesamt 16 Messstationen zu betreiben. Das heißt, acht weitere Messstationen gehen mit der neuen südlichen Start- und Landebahn in Betrieb. Die Messergebnisse der derzeit betriebenen Messstationen können im Internet unter www.berlin-airport.de Flughafen/Lärmmessung eingesehen werden.

Im Rahmen des eingerichteten Dialogforums wurde im März dieses Jahres seitens der Flughafenbetreiber dargelegt, dass die Festsetzungen der Örtlichkeit für die Messstationen des BBI bis zum I. Quartal 2010 in der Fluglärmkommission unter Einbeziehung der Umlandgemeinden diskutiert und entschieden werden.

Inwieweit es darüber hinaus Sinn macht, ein zweites Fluglärmmessstationensystem aufzubauen und zu betreiben, so wie es auch in dem in der Petition enthaltenem Bürgerantrag gefordert wird, ist zur Zeit Gegenstand von Gesprächen mit den Gemeinden, dem Landkreis Dahme-Spreewald und anderen Institutionen. Der Landrat setzt sich bei diesen Gesprächen u. a. dafür ein, dass so bald wie möglich die Messergebnisse von einer vom Flughafenbetreiber unabhängigen Einrichtung überprüft werden.

Unabhängig vom Ausgang dieser Gespräche wird der Landrat beim Flughafenbetreiber und bei der Landesregierung darauf dringen, dass die Errichtung der Messstationen schon vor der Inbetriebnahme des Großflughafens erfolgt und diese von neutralen Stellen kontrolliert werden können.

In Bezug auf die Luftschadstoff-Messstation wird im Planfeststellungsbeschluss vom 13. August 2004 festgelegt, dass der Flughafenbetreiber eine Messstelle zur Erfassung der Immissionen auf dem Flughafengelände zu errichten und zu betreiben hat. Diese soll mit Beginn des Winterflugplanes 2011/2012 in Betrieb genommen werden. Zusätzlich plant das Land Brandenburg, eine Messstelle im näheren Flughafenumfeld zu errichten. Angaben zu den geografischen Daten aller Messstationen sind in der Stationsdatenbank des Umweltbundesamtes verfügbar, die unter www.env-it.de/stationen abrufbar sind. Tagesaktuell sind die Messdaten aller Stationen unter www.luis.brandenburg.de im Internet einzusehen.

Die geforderte sofortige Umsetzung kann in den zuvor erwähnten Gesprächen zu den Fluglärmmessstationen thematisiert werden.

4. Forderung:

„Wir fordern, dass der 30-Punkte-Plan im Kreistag Teltow-Fläming besprochen, beschlossen und Punkt für Punkt umgesetzt wird.“

Zu 4.

Der Kreistag wird sich mit dem „30-Punkte-Plan“ befassen und nach Beratung seine Schlussfolgerungen daraus ziehen und entsprechend handeln.

5. Forderung:

„Wir fordern, dass der vom Kreistag am 18.02.2008 beschlossene „Gesundheitsantrag“ Vorlagennummer: 3-1215/08-KT endlich mit Leben erfüllt und umgesetzt wird.“

Zu 5.

In dem zitierten Beschluss wird - neben einer Aufforderung an die Landesregierung - die Kreisverwaltung in zwei Punkten zu Gesprächen und Aktivitäten aufgefordert.

Hierzu teilt der Landrat mit, dass er und die Kreisverwaltung diesen Beschluss mit Leben erfüllt haben. Es wurden zahlreiche Gespräche sowohl mit der diesbezüglich hauptbetroffenen Gemeinde Blankenfelde-Mahlow wie auch mit der Landesregierung, insbesondere dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie geführt.

Bezüglich des Punktes zwei des Beschlusses muss als Zwischenstand der Gespräche mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie mitgeteilt werden, dass die Landesregierung eine Entscheidung bezüglich eines Gesundheitsuntersuchungsprogramms erst nach Abschluss des laufenden Planergänzungsverfahrens treffen wird.

Der Bitte aus Punkt drei des Beschlusses ist der Landrat durch verschiedene Gespräche mit dem Bürgermeister der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow nachgekommen. Als positives Ergebnis ist hierbei zu vermelden, dass der Landrat dem Bürgermeister verbindlich zusagen konnte, dass der Landkreis sich gemeinsam mit dem Land und der Gemeinde zu einem Drittel an den Kosten für die Vorstudie zur Erstellung eines Gutachtens zur Ermittlung der Gesundheitsrisiken für Kinder und Jugendliche beteiligt. Der Kreistag hatte die dazu erforderlichen 50 T€ im Haushalt 2009 bereit gestellt.

Dem Landrat und der Kreisverwaltung ist bekannt, dass sich die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow mit der im Beschluss angesprochenen Thematik intensiv befasst. Die Kreisverwaltung hat dazu schriftlich im Juni 2008 der Gemeinde ihre unterstützende Mitarbeit der Fachämter des Hauses angeboten.

Zum Bürgerantrag stellt der Kreistag fest, dass Punkt 1 zur Zeit – wie oben dargestellt – Gegenstand von Gesprächen ist und Punkt 2 nicht erfüllt werden kann, da der Haushalt 2009 bereits beschlossen ist.

Inwieweit der Kreistag in kommenden Haushalten finanzielle Mittel für die in der Petition genannten Anliegen einstellen wird, hängt von Erkenntnissen der Zukunft, u. a. von der Befassung mit dem „30-Punkte-Plan“, ab.